

Editorial

Seit Ausbruch der Krise 2007/08 steht der Finanzsektor als Verursacher von gesamtwirtschaftlichen Problemen im Fokus des öffentlichen Interesses. Die umfangreichen Risiken, die mit der Ausdehnung des Finanzsektors in den Vorjahren erzeugt wurden, machten sich in Form budgetärer Kosten für Kriseninterventionen des öffentlichen Sektors bemerkbar.

Das hat aber auch dazu geführt, dass Informationen über bislang nur SpezialistInnen bekannte AkteurInnen, Vorgänge und Praktiken auf den Finanzmärkten verstärkt nachgefragt und einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht wurden.

In der kritischen Forschung und Diskussion zum Finanzsektor, die durch die Krise einen Aufschwung erfuhren, scheint jedoch der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit auf meist im fernen Ausland ansässigen Institutionen wie Hedge Funds, Ratingagenturen und off-shore-Zentren, exotischen Finanzinstrumenten und globalen Finanzmärkten zu liegen. Demgegenüber gibt es vergleichsweise wenig kritische Forschung und Analyse von Banken und ihrer Rolle in der heimischen Volkswirtschaft, obwohl die Banken gerade in Europa eine Schlüsselrolle im Finanzsektor und dessen jüngster Krise spielen.

Diese Lücke wird teilweise in der öffentlichen Debatte von einem Anti-Banken-Populismus gefüllt, der vom krisenbedingten Imageschaden des Sektors zu profitieren versucht. Da Ursachen und Hintergründe der Krise, die insbesondere eine Bankenkrise ist, unterbelichtet bleiben, tauchen bisweilen Forderungen nach Alternativen auf, die unseres Erachtens nur unzureichend der Problemlösung dienlich sind:

Den jüngsten Bankenkrash zum Anlass zu nehmen, um Finanzierung über Märkte statt Banken zu fördern (Aktien, Anleihen, verbriefte Kredite, Crowdfunding etc.), beweist ein kurzes historisches Gedächtnis – der letzte gesellschaftliche Großversuch zur Ausweitung von Marktfinanzierung endete im Zusammenbruch der dotcom-Blase 2000 – und übersieht, dass auch in marktbasierenden Finanzsystemen die Banken eine Schlüsselrolle (als market maker von Wertpapiermärkten, Vermittler von Finanzgeschäften etc.) einnehmen.

Ebenso folgt manche Kritik an Bankenrettungen, die auf eine grundlegende Strukturreform abzielt, bewusst oder unbewusst der wirtschaftsliberalen Argumentation, dass Banken unzureichend den idealisierten Vorstellungen von Marktdisziplin unterworfen sind, die in der wirtschaftsliberalen Theorie gehegt werden („Marode Banken sind zu behandeln wie jedes andere Pleite-Unternehmen auch“).

Solche Ansätze verkennen, dass das Bankgeschäft Besonderheiten aufweist, um wichtige volkswirtschaftliche Funktionen (Fristen-, Liquiditäts- und Risikotransformation etc.) erfüllen zu können. Sie eignen sich aber für eine Steuerung über Standard-Marktmechanismen schlecht, u.a. weil das Ausscheiden einer Bank aus dem Markt weitreichende negative Konsequenzen haben kann, die in anderen Branchen nicht vorkommen. Aus diesem Grund ist das Bankenwesen traditionell Gegenstand besonderer Regulierung und Aufsicht, und in vielen Staaten und Perioden zum Zwecke der volkswirtschaftlichen Steuerung auch von nicht-privater bzw. nicht gewinnorientierter Eigentümerschaft geprägt gewesen.

Die Erfahrung der jüngsten Krise und ihrer enormen volkswirtschaftlichen Kosten hat die Frage ins Zentrum gerückt, wie diese Parameter (Wettbewerb, Regulierung, Aufsicht, Eigentum, ...) so adjustiert werden können, dass Banken gesamtwirtschaftlich besser funktionieren. Was „gutes Funktionieren“ bedeutet ist freilich vom gesamtwirtschaftlichen Konsens abhängig und daher umstritten, ebenso wie die Fragen, ob ein Fokus auf Banken für Krisenvermeidung ausreicht und welche Rahmenbedingungen dafür maßgeblich sind.

Über alle Lager hinweg scheint zumindest die Diagnose, dass der Finanzsektor zu groß geworden ist, Aussicht auf Konsens zu haben. Das gilt mit ziemlicher Sicherheit auch für den bankendominierten Finanzsektor Österreichs, der auf seine Reifung im Inland in den letzten zwei Jahrzehnten mit einer beträchtlichen Auslandsexpansion reagiert hat, und nun wohl vor einem unvermeidlichen Schrumpfungsprozess steht. Die Bewältigung der volkswirtschaftlichen Nebenwirkungen dieser Anpassung wird die Wirtschaftspolitik noch längere Zeit vor Herausforderungen stellen.

In diesem Heft haben wir eine Reihe von Beiträgen versammelt, die einen Nukleus dessen bilden, was wir uns unter einer kritischen Bankenforschung vorstellen. Das Heft enthält zwei Themenblöcke, wovon ein erster Block allgemeinen Fragen der Zukunft des Bankensektors gewidmet ist, und ein zweiter Block die Rolle des österreichischen Bankensektors zum Thema hat.

Im ersten Teil bietet Paul Ramskogler eine Zusammenschau der Ergebnisse empirischer Forschung über die Rolle von Banken und institutioneller Investoren in der 2007/08 ausgebrochenen Krise. Christoph Scherrer geht der Frage nach, unter welchen Bedingungen öffentliches Eigentum an Banken tatsächlich zur Verfolgung öffentlicher Interessen durch die Banken führt, statt wie im Fall zahlreicher Landesbanken in Deutschland und Österreich in einer Krise zu enden. Thomas Zotter vergleicht verschiedene Vorschläge zur Strukturreform des Bankensektors und untersucht sie auf ihre Praxistauglichkeit. Beat Weber unterzieht Ansätze, die den Ansatzpunkt für eine Wirtschaftsreform in einer Geldreform sehen, am Beispiel Bitcoin und Vollgeld einer Kritik.

Ein zweiter Block von Beiträgen ist dem Bankensektor in Österreich gewidmet. Philipp Korom zeichnet die Rolle der Banken in der österreichischen Industrie der letzten Jahrzehnte bis zum Ausbruch der Krise nach, und zeigt unter anderem auf, wie vor allem Raiffeisen in jene Lücke gestoßen ist, die die Privatisierung von Staatseigentum an Industriebetrieben in Österreich geöffnet hat. Christina Wieser wirft einen Blick auf die Veränderungen, die seit Ausbruch der Krise in den Bilanzen und Geschäftsstrategien der österreichischen Banken zu beobachten waren, und welche Implikationen für die Zukunft des österreichischen Finanzsektors daraus abzulesen sind. Franziska Meyer, Etienne Schneider und Silvia Schröcker versuchen Licht auf die Frage zu werfen, welche Interessen die an der skandalträchtigen staatlichen Rettung der Hypo Alpe Adria Bank beteiligten AkteurInnen verfolgten. Martina Neuwirth stellt die Rolle der Banken für die internationale Steuerflucht ins Zentrum ihres Beitrags und widmet sich der Frage, wie sich der zunehmende internationale Druck auf Abschaffung des Bankgeheimnisses in Österreich auf den Status des Landes als Steueroase auswirkt.